

**Öffentliche Sitzung**  
des Sozialausschusses  
am Mittwoch, den 25.11.2020  
im Leutze-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:01 Uhr

Ende: 19:20 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender**

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

**stellv. Vorsitzender**

Herr Bürgermeister Julius Mihm

**CDU**

Herr Stadtrat Johannes Barth

Frau Stadträtin Natalie-Ulrika Biechele

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Frau Stadträtin Elena Risel

Herr Stadtrat Paul Schneider

**Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Herr Stadtrat Thomas Krieg

**SPD**

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker

**Die Linke**

Frau Stadträtin Cynthia Schneider

**Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

**Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Brigitte Abele

**FDP/FW**

Herr Stadtrat Ludwig Majohr

**Integrationsrätin**

Frau Integrationsrätin Aslihan Dosgül

Frau Integrationsrätin Natallia Rau

**Schriftführerin**

Frau Melanie Bihlmaier

**Verwaltung**

Herr Robin Hecker

Herr Markus Herrmann

Herr Wolfram Hub

Herr Helmut Ott

Herr Hans-Peter Reuter

Frau Sandra Sanwald

Frau Anja Tamm

**Abwesend:**

**CDU**

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Frau Stadträtin Daniela Dinser

## Tagesordnung

=====

- 1** Parken an Adventssamstagen  
hier: Antrag der CDU-Fraktion
- 2** "Kommune Inklusiv" der Aktion Mensch: Wissenschaftlicher Zwischenbericht
- 3** Gewährung eines jährlichen Zuschusses für die Betreuungsgruppen Demenz des DRK Kreisverband Schwäbisch Gmünd e.V. und der Vinzenz von Paul gGmbH Soziale Dienste und Einrichtungen
- 4** Mehrgenerationenhaus Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Schwäbisch Gmünd e.V., Weibensteiner Str. 40 - Förderantrag Mehrgenerationenhaus für den Zeitraum 01.01.2021 bis 31.12.2028
- 5** Klimaschutzkonzept Schwäbisch Gmünd - Die gut fürs Klima Stadt
- 6** Bekanntgaben
  - 6.1** Bewilligte Projekte im Amt für Familie und Soziales, Abteilung Senioren
    - a) Landesförderprogramm "Kommunale Pflegekonferenzen BW - Netzwerke für Menschen"
    - b) # Support young carers
  - 6.2** JuFun
  - 6.3** Schulbezirke Hardt
  - 6.4** bw-invest
- 7** Anfragen
  - 7.1** Gebäude Kornhausstraße 4
  - 7.2** St. Elisabeth
  - 7.3** Ausstattung der Schulen
  - 7.4** Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

**zu 1      Parken an Adventssamstagen**  
**hier: Antrag der CDU-Fraktion**  
**Vorlage: 229/2020**

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Stadträtin Braun/Bündnis 90/Die Grünen stellt den Antrag der Fraktion vor (siehe Anlage).

Stadtrat Barth/CDU äußert, dass man etwas für den Einzelhandel tun müsse. Alle hätten das gleiche Ziel. Zum Antrag der Grünen-Fraktion äußert er, dass das Chip-System bisher nicht gut angenommen worden sei. Er sehe in der Umsetzung Schwierigkeiten, vor allem aufgrund des kurzen Zeitrahmens bis zur Umsetzung. Die Begrenzung auf die städtischen Parkhäuser biete die Chance, dass diese bei der Bürgerschaft bekannter würden und man Parksuchverkehr künftig minimieren könne. Der ÖPNV sei wichtig und man müsse diesen auch neu denken, jedoch solle man aufgrund Corona auf unnötige Fahrten verzichten. Die CDU-Fraktion wolle daher am Antrag festhalten.

Stadtrat Dr. Beck/SPD führt aus, dass man sich im Ziel einig sei. Die SPD-Fraktion wolle den Antrag dahingehend ergänzen, dass samstags ganztägig und wochentags ab 15 Uhr für einen Euro in den städtischen Parkhäusern geparkt werden könne. Parkuhren sollten nicht umgerüstet werden. Den Antrag der Grünen-Fraktion lehne man ab.

Stadträtin Schneider/DIE LINKE lehnt den Antrag der Grünen-Fraktion ebenfalls ab. Sie regt an, den ÖPNV durch Gutscheine an den Adventssamstagen kostenlos zu machen. Die Verwaltung solle daher auf den Landkreis zugehen.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, dass man sowohl dem Antrag der CDU- als auch der SPD-Fraktion folgen könne. Der Grünen-Antrag finde hingegen keine Unterstützung.

Stadträtin Dr. Kosin/Freie Wähler Frauen findet die Chips ebenfalls umständlich, jedoch kostengünstiger.

Stadtrat Majohr/FDP/FW ist für eine einfache und kostengünstige Lösung. Daher unterstütze er den Antrag der Grünen-Fraktion nicht.

Herr Schoell (Vertreter des Einzelhandels) bedankt sich für die Vorschläge. Alle Vor-

schläge hätten Vor-, aber auch Nachteile. Wichtig sei, dass man sich auch für die Zeit ab Januar Gedanken mache. Man befürworte den CDU-Antrag in Kombination mit dem Antrag der SPD.

Herr Ott erläutert, dass ein kostenloser ÖPNV 6.000 bis 7.000 Euro pro Samstag kosten würde, insgesamt also zwischen 24.000 und 28.000 Euro.

Herr Herrmann ergänzt, dass man die Kosten der Parkhausumstellung für den SPD-Antrag zunächst ermitteln müsse. Jedoch bittet er darum, eine einfache und gut zu kommunizierende Lösung zu finden.

Stadtrat Barth/CDU bittet darum, dass man dem CDU-Antrag folgen solle und sich dann Gedanken machen solle, wie man ab Januar weiter verfare.

Stadträtin Schneider/DIE LINKE schlägt vor, die Parkhäuser an den Adventssamstagen komplett kostenlos zu machen und die Parkuhren ab 12 Uhr. Damit spare man sich die Umstellungskosten.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass dies 12.000 Euro kosten würde.

Herr Herrmann erläutert, dass der HGV bei diesem Vorschlag die Sorge gehabt habe, dass einzelne Parkplätze den ganzen Samstag belegt seien.

Stadtrat Dr. Beck/SPD zieht den Antrag der SPD-Fraktion zurück.

Stadträtin Braun/Bündnis 90/Die Grünen zieht den Antrag ebenfalls zurück unter der Bedingung, dass man das Chip-System im kommenden Jahr reaktiviere.

Stadtrat Barth/CDU äußert, dass man hier mitgehe. Man solle das Chip-System neu denken.

Herr Schoell (Vertreter des Einzelhandels) führt aus, dass dies ein sehr guter Weg sei. Man solle sich im Dezember zusammensetzen, was man im neuen Jahr weitermache. Er findet es einen guten Weg.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

### **Beschluss:**

An den kommenden vier Adventssamstagen fallen in den städtischen Parkhäusern CCS, Parkhaus Fehrle und Parkdeck Rems keine Parkgebühren an. Ab 12:00 Uhr werden an den öffentlichen und gebührenpflichtigen Parkplätzen keine Parkgebühren erhoben.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30  
nachrichtlich an Amt:

**zu 2 "Kommune Inklusiv" der Aktion Mensch: Wissenschaftlicher Zwischenbericht  
Vorlage: 209/2020**

**Protokoll:**

Prof. Dr. phil. habil. Trescher stellt den Bericht vor (siehe Anlage).

Stadträtin Risel/CDU bedankt sich für den Bericht. Sehr überraschend sei gewesen, dass sich auch die Wissenschaft frage, was Inklusion sei. Sie sei sehr glücklich, dass man nun messbare Zahlen habe. Man wisse, dass es noch Handlungsbedarf gebe, sei aber auch schon ein Stück vorangekommen. Sie erkundigt sich, ob die Einzelfallauswertungen auf Ebene 3 schon berücksichtigt worden seien und wie die befragten Personen ausgewählt worden seien.

Prof. Dr. phil. habil. Trescher antwortet, dass dies noch kommen werde. Man habe Kontakte über die Koordinatoren hergestellt. Man müsse aber auch damit rechnen, dass man nicht alle Menschen erreiche.

Stadträtin Braun/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich ebenfalls für den Zwischenbericht. Es seien sehr interessante Fragen gewesen, die zum Nachdenken anregen würden.

Stadtrat Dr. Beck/SPD bedankt sich ebenfalls. Er nehme mit, dass Inklusion immer ein permanenter Prozess sei.

Stadtrat Majohr/FDP/FW versteht Inklusion als ambivalenten Prozess, individuell zu fordern und zu fördern und erkundigt sich, ob Prof. Dr. phil. habil. Trescher hier mitgehen könne.

Prof. Dr. phil. habil. Trescher antwortet, dass er hier nicht mitgehen könne. Man könne Menschen nicht zur Teilhabe verpflichten.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass in Schwäbisch Gmünd der Mensch im Mittelpunkt stehe. Man solle Menschen nicht in Kategorien einteilen. Inklusion dürfe keine Unterschiede machen und müsse selbstverständlich sei.

Prof. Dr. phil. habil. Trescher entgegnet, dass zunächst die Voraussetzungen zur Teilhabe geschaffen werden müssten.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man bei der Barrierefreiheit sehr weit sei. Es gehe vielmehr um die physischen und materiellen Barrieren. Barrieren müssten in den Köpfen und in den Herzen beseitigt werden. Er halte es für falsch, Leute unterschiedlich anzusehen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50

nachrichtlich an Amt:

**zu 3 Gewährung eines jährlichen Zuschusses für die Betreuungsgruppen Demenz des DRK Kreisverband Schwäbisch Gmünd e.V. und der Vinzenz von Paul gGmbH Soziale Dienste und Einrichtungen  
Vorlage: 223/2020**

**Protokoll:**

Herr Alt und Herr Lasermann präsentieren (siehe Anlage).

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

**Beschluss:**

Für die Betreuungsgruppen Demenz des DRK Kreisverband Schwäbisch Gmünd e.V. und der Vinzenz von Paul gGmbH Soziale Dienste und Einrichtungen wird in der Zeit von 2021 bis 2025 ein Zuschuss gewährt.

Dieser Zuschuss beträgt für den DRK Kreisverband Schwäbisch Gmünd e.V jährlich 5.000 € für 5 Betreuungsgruppen, für die Vinzenz von Paul gGmbH Soziale Dienste und Einrichtungen jährlich 1.000 € für eine Betreuungsgruppe.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50  
nachrichtlich an Amt:

**zu 4 Mehrgenerationenhaus Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Schwäbisch Gmünd e.V., Weißensteiner Str. 40 - Förderantrag Mehrgenerationenhaus für den Zeitraum 01.01.2021 bis 31.12.2028  
Vorlage: 225/2020**

**Protokoll:**

Herr Alt und Herr Lasermann präsentieren den Sachverhalt (siehe Anlage).

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

**Beschluss:**

1. Die Antragsstellung des DRK Kreisverbandes Schwäbisch Gmünd e.V. im Rahmen des „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus. Miteinander – Füreinander“ vom 01.01.2021 bis 31.12.2028 für das Mehrgenerationenhaus, Weißensteiner Str. 40 wird befürwortet.
2. Die Kommune bekennt sich zum Mehrgenerationenhaus in Trägerschaft des DRK Kreisverbandes Schwäbisch Gmünd e.V. (DRK). Das Mehrgenerationenhaus ist Bestandteil der kommunalen Planungen, um dem demographischen Wandel zu begegnen und ist deshalb wichtiger Bestandteil der Sozialraumentwicklung der Quartiersarbeit in Schwäbisch Gmünd im Allgemeinen und für den Sozialraum Südstadt im Besonderen. Darüber hinaus trägt es dazu bei, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen und schafft gute Entwicklungschancen und faire Teilhabemöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger.
3. Voraussetzung für die Bewilligung des Antrages ist eine jährliche kommunale Kofinanzierung in Höhe von 10.000,00 Euro. Die Kofinanzierung wird zu 50% mit Geldfluss (5.000,00 €) und zu 50% ohne Geldfluss (z.B. durch die Überlassung von Räumen) erbracht.  
Die Stadt gewährt dem DRK Kreisverband Schwäbisch Gmünd e.V. für den Zeitraum 2021 bis 2028 einen Zuschuss von 40.000,00 Euro. Weitere 40.000 Euro Zuschuss werden für den Förderzeitraum ohne Geldfluss erbracht.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50

nachrichtlich an Amt:

**zu 5      Klimaschutzkonzept Schwäbisch Gmünd - Die gut fürs Klima Stadt  
Vorlage: 197/2020**

**Protokoll:**

Bürgermeister Mihm äußert, dass man zur Erreichung einer Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 die nachhaltigen Energien ausbauen müsse. Man bräuchte im Vergleich zu heute die fünffache Menge. Das solle nicht schockieren, sondern nur den Rahmen aufzeigen. Es sei wichtig, dass man keine Utopien verfolge, sondern schaue, dass man sich an der Lebenswirklichkeit orientiere. Er glaube nicht, dass Menschen auf einmal in kleinere Wohnungen ziehen würden. Er sei überzeugt, dass man flexiblere Wohnmöglichkeiten wie bspw. Mehrgenerationenhäusern schaffen könne. Moderne Heizungen und Wärmedämmungen hätten den größten Nutzen. Hier gebe es jedoch ein Dilemma, da der Vermieter hieran kein Interesse habe. Sein Impuls sei daher, dass man sich auf die Dinge konzentriere, die man tatsächlich ändern könne.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen wünscht eine Aufnahme des Bereichs



Ernährung in den Maßnahmenkatalog. Eine regionale, saisonale und fleischreduzierte Ernährung trage einen großen Teil zur CO<sub>2</sub>-Einsparung bei. Man solle darauf achten, dass bei VGW-Häusern die höheren Kosten nicht 1:1 auf die Mieter umgelegt werden. Man solle Photovoltaik- und Solaranlagen vermehrt anbringen und die geplanten Ausgaben in Höhe von 100.000 Euro für den Klimaschutz in den kommenden Jahren erhöhen.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass ein Fleischverzicht im Vergleich mit anderen Maßnahmen wenig bringe. Man solle sich daher auf das Wesentliche konzentrieren. Man könne es gerne aufnehmen, man solle darauf achten, dass man die Dinge mache, die tatsächlich etwas bringen.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen wünscht sich jedoch, dass man dafür werbe.

Stadträtin Risel/CDU schließt sich den Ausführungen von Stadtrat Krieg an. Man solle auch kleine Dinge, die schnell umgesetzt werden können, umsetzen. Außerdem solle man auch den bezahlbaren Wohnraum mit einbeziehen. Man solle nicht nur auf E-Mobilität setzen, sondern auch weiterdenken. Auch im Ausland solle man den Klimaschutz voranbringen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man in Bezug auf das Ausland bereits in Gesprächen mit einer Stadt in Äthiopien sei.

Bürgermeister Mihm ergänzt, dass beim bezahlbaren Wohnraum die Mieter durch die niedrigeren Energiekosten profitieren würden.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste findet die Ausführungen von Bürgermeister Mihm sehr interessant. Viele Menschen könnten es sich nicht leisten, daher solle man andere Möglichkeiten suchen, um CO<sub>2</sub> einzusparen. Vor allem auf Flugreisen solle man verzichten, da dies den gleichen Effekt wie die Umstellung auf Ökostrom habe. Man solle das Augenmerk auf andere Verkehrssysteme legen und den ÖPNV ausbauen.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass sich ein neues Heizsystems in 10 Jahren amortisiert habe. Heizung und Wärmedämmung könnten auch unabhängig voneinander betrachtet werden.

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass man neue Technologien ebenfalls berücksichtigen müsse.

Herr Reuter führt aus, dass es bei der Heizung sehr viel Einsparpotenzial für Mieter gebe. Von den Stadtwerken gebe es auch Contracting. Man solle auch leerstehenden Wohnraum besser nutzen.

Stadträtin Braun/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob die Bürgerschaft einbezogen werde.

Oberbürgermeister Arnold bestätigt dies und erläutert, dass es im Klimarat diskutiert werde.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 3, 60  
nachrichtlich an Amt:

**zu 6      Bekanntgaben**

- zu 6.1      Bewilligte Projekte im Amt für Familie und Soziales, Abteilung Senioren**  
**a) Landesförderprogramm "Kommunale Pflegekonferenzen BW - Netzwerke für Menschen"**  
**b) # Support young carers**  
**Vorlage: 222/2020**

**Protokoll:**

Herr Reuter stellt den Sachverhalt vor.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 50

**zu 6.2      JuFun**

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold gratuliert Stadträtin Braun/Bündnis 90/Die Grünen zur Wahl als drittes Vorstandsmitglied von JuFun e.V.

**zu 6.3      Schulbezirke Hardt**

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold gibt bekannt, dass man das Thema in Ruhe beleuchten und es hierzu eine runden Tisch mit den Fraktionen geben werde. Für das Schuljahr

2021/2022 werde daher keine Änderung vorgenommen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40  
nachrichtlich an Amt:

#### zu 6.4 **bw-invest**

##### **Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass das Thema bw-invest bisher nicht bei der Landesregierung besprochen worden sei und der Landtag damit auch keine Entscheidung treffen könne. Betriebe würden daher immer noch auf eine entsprechende Begleitung warten. Er wolle daher von unten mehr politischen Druck erzeugen. Er wolle die Wahrnehmung schärfen, dass man sich nicht nur auf Corona konzentriere, sondern dass man darüber hinausblicke und realisiere, was es bedeute, in einem tiefen Umbruch zu stecken. Es lasse aufhorchen, dass Baden-Württemberg und Bayern als Automobilländer keine Rolle gespielt hätten, als es um die Ansiedlung neuer Investitionen in diesem Bereich ging. Man sei in Ostwürttemberg ein Produktionsstandort, insbesondere in Schwäbisch Gmünd. Man sehe sich mit steigender Arbeitslosigkeit konfrontiert. Derzeit seien 10.400 Menschen in Ostwürttemberg arbeitslos. Wenn man es weiter betrachte, habe man einen Einbruch/Zusammenbruch auf dem ersten Arbeitsmarkt. Man müsse daher aufwachen und ein Alerter sein und der Verantwortung gerechter werden. Wenn es so weitergehe, stünden Klimaschutz und Arbeitsschutz gegenüber und der Klimaschutz falle dann herunter. Dies könne nicht das Interesse von Schwäbisch Gmünd sein. Vor allem unter 25-Jährige seien von der Arbeitslosigkeit betroffen, der Anstieg zum Vorjahr betrage hier 24 Prozent. Man müsse Antworten für diese Menschen haben. Er hoffe, dass es nach der Kurzarbeit kein böses Erwachen für manche Unternehmen gebe. Es gebe den Trend der Digitalisierung, der dazu führe, dass man weniger Menschen, vor allem in den Mittelschichtberufen benötige. Dies bedeute auch, dass es weniger Menschen gebe, die Steuern zahlen. Das System funktioniere dann nicht mehr, da es auf Umlagen beruhe. 60 Prozent der Jobs im verarbeiteten Gewerbe könnten in Ostwürttemberg wegfallen, wenn die Digitalisierung weiter voranschreite. Es treffe alle Bereiche. Man müsse dies aufgreifen und Antworten suchen. Der Gemeinderat trage die Verantwortung, jetzt die richtigen Weichen zu stellen. Es gehe jetzt um die Frage, in welche Richtung man sich entwickle. Er bittet daher darum, die Aufmerksamkeit auch auf Themen außerhalb von Corona zu richten. Übernächste Woche werde die Verwaltung für einen kleinen Bereich eine Antwort bringen. Das Problembewusstsein sei nicht da, jeder denke, dass es vorübergehe. Man sei die Generation, die nie persönlich einen Umbruch erlebt habe. Er wolle den Blick schärfen, dass man nach vorne schauen müsse und Antworten brauche. Man solle gemeinsam darauf hinwirken, dass das Thema Klimaschutz nicht unter die Räder des Arbeitsplatzschutzes falle. Wenn man dies nicht schaffe, hätten alle gemeinsam verloren.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4  
nachrichtlich an Amt:

## zu 7      **Anfragen**

### zu 7.1      **Gebäude Kornhausstraße 4**

#### **Protokoll:**

Stadtrat Majohr/FDP/FW weist auf die Hygienebedingungen in der Kornhausstraße 4 hin. Die Bewohner, die eine Behinderung hätten, müssten sich außerdem selbst um Masken und Desinfektionsmittel kümmern.

Herr Reuter antwortet, dass das Problem seit ein paar Tagen bekannt sei. Man sei dran.

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass man der Sache nachgehen werde.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50  
nachrichtlich an Amt:

### zu 7.2      **St. Elisabeth**

#### **Protokoll:**

Stadträtin Braun/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob ein Sachstandsbericht zur Aalener Straße möglich sei.

Oberbürgermeister Arnold sichert dies zu.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50  
nachrichtlich an Amt:

### zu 7.3 **Ausstattung der Schulen**

#### **Protokoll:**

Stadtrat Dr. Beck/SPD erkundigt sich, inwieweit die Schulen mit Laptops ausgestattet seien. Außerdem erkundigt er sich, ob CO<sub>2</sub>-Ampeln vorgesehen seien.

Herr Ott antwortet, dass für nächste Woche ein Bericht zur digitalen Ausstattung aufgrund einer Anfrage der FDP/DW-Gruppierung vorgesehen sei. Die CO<sub>2</sub>-Ampeln werde man dort mit aufnehmen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40  
nachrichtlich an Amt:

### zu 7.4 **Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen**

#### **Protokoll:**

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste weist auf den heutigen internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen hin und erkundigt sich, ob es hier einen signifikanten Anstieg aufgrund von Corona gebe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass Frau Heer auf sie zukommen werde.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 1.02  
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den .....  
Oberbürgermeister:

Den .....  
Stadtrat:

Den .....  
Schriftführer:

Den .....  
Stadtrat:

Gesehen!

Den .....  
Stadtkämmerei: